



öffentlich

Betreff:
Rüge für Oberbürgermeister

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 16.04.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.05.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Durch die zweifache Beanstandung des Oberbürgermeisters zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Straßenreinigungssatzung und zur Straßenreinigungsgebührensatzung ist erheblicher Schaden entstanden.

Wie die Kommunalaufsicht feststellte, waren diese Beanstandungen nicht berechtigt.

Der Oberbürgermeister und die zuständige Beigeordnete, Frau Müller-Preinesberger, werden für ihr Fehlverhalten gerügt.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Nachdem bereits im November 2011 klar war, dass die Stadtverordnetenversammlung an den Reinigungsklassen festhalten möchte, hätte der Oberbürgermeister dafür sorgen müssen, dass eine neue Kalkulation für die Straßenreinigungsgebühren als Grundlage für eine gültige Gebührensatzung bestellt wird. Stattdessen hat der Oberbürgermeister, gestützt auf eine falsche Rechtsauffassung, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zweimal beanstandet.